

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/112
16. Juni 1971

Erich Honeckers internationales Debut

Erste Analyse der SED-Parteitags-Rede
Seite 1 / 44 Zeilen

Bonn und Washington "auf einer Wellenlänge"

Zwischenbericht über die Kanzler-Reise in
die USA
Seite 2 und 3 / 94 Zeilen

Bildung in der Bundeswehr großgeschrieben

Zukunftsweisende Konzeptplanung als erster
Schritt
Von Werner Buchstaller SPD-MdB
Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises
Sicherheitsfragen und Mitglied des Verteidi-
gungsausschusses des Bundestages
Seite 4 / 25 Zeilen

Keine Gefahr am Rhein

Radio Moskau und Zoglmanns "Deutsche Union"
Seite 5 / 36 Zeilen

"Fußball, wohin gehst Du?"

Lehren für die Zukunft
Von Dr. Adolf Müller-Emert SPD-MdB
Mitglied des Bundestagssonderausschusses
für Sport und Olympische Spiele
Seite 6 und 7 / 58 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 2, Hausallee 2-10
Postfach: 9153
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 87 - 38
Telex: 366 846/866 847
866 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Erich Honeckers internationales Debut

Erste Analyse der SED-Parteitags-Rede

Der neue Spitzenmann in Ostberlin hat sein internationales Debut gegeben. Die Parteitagsrede Erich Honeckers ist im politischen Kern und auch in der Formulierung beachtlich und daher einer eingehenden Analyse wert, die im zeitgeschichtlichen und aktuellen Bezug bald vorliegen sollte. Honeckers Gewicht ist, nach der jetzt vollständigen Abhalfterung Walter Ulbrichts, aus der Person und der Position heraus so groß, daß es angebracht ist, diese Rede-Analyse in die weitere Behandlung und Verhandlung über die Normalisierung vor allem des Berlin-Problems einzuschalten, bei der die beiden deutschen Staaten zu gegebener Zeit ihre Realisierungsaufgaben zu erfüllen haben. Man sollte gerade diesen Aspekt nicht aus den Augen verlieren, wenn man sich mit der deutschen Problematik beschäftigt.

Von diesem Standort aus wird man, folgt man den Bemühungen um eine Voranalyse, auch die betonte Schroffheit einzuordnen haben, mit der sich Honecker unter Ausnutzung aller verbalen Möglichkeiten eines kommunistischen Spitzenfunktionärs gegen die Bundesrepublik geäußert hat. Diese Aussagen, zum Beispiel über den totalisierten Abgrenzungskurs nach Westdeutschland oder über die Absage an eine einheitliche deutsche Nation, beinhalten für ständige Hörer und Leser der DDR-Massenmedien keine Überraschung. Bemerkenswert ist gewiß, daß sie nunmehr ex cathedra eines SED-Parteitages erfolgt sind und damit sozusagen formell programmatisch sein sollen. Im Ansatz und in der Tendenz gibt es hier jedoch kein Novum.

Die Voranalyse wird aber nicht um die Feststellung herumkommen, daß der erste Mann der SED ungeachtet dieser schroffen Verbalattacken gegen die Bundesrepublik bemüht bleibt, im international-klimatisch gebotenen Gesamtrahmen behutsam zu taktieren: auch und gerade dann, wenn es um Berlin geht. Er versäumte auch nicht, die umfassende Bedeutung der Bonner Verträge mit Moskau und Warschau hervorzuheben; eine Taktik, die dem übergeordneten Interesse der östlichen Leitmacht entspricht, mit der sich Honecker im Gleichschritt bewegt und bewegen will. Die Bundesrepublik- und Berlin-Passagen der Ostberliner Rede des KPdSU-Generalsekretärs Leonid Breschnjew bestätigen dies nur.

Es war natürlich zu erwarten gewesen, daß Erich Honecker gerade in dieser seiner ersten Parteitags-Spitzenrede, die besonderer internationaler Aufmerksamkeit gewiß sein konnte und mußte, mit allem Nachdruck die Sonderinteressen der SED und der DDR hervorheben würde. Die angesprochene Analyse wird daher auch Verlauf und Ergebnis der bisherigen Ostblock-Parteikongresse zu berücksichtigen haben, um ein möglichst abgerundetes Bild zu ergeben. Die Tatsache, daß der besonders wichtige polnische Parteikongreß noch bevorsteht, bleibt dabei sorgsam zu beachten und zu bedenken.

(ee/ee/16.6.1971/by)

Bonn und Washington "auf einer Wellenlänge"

Zwischenbericht über die Kanzlerreise in die USA

Von XXX, z.Zt. Washington

In seiner Tischrede anlässlich des Essens, das der US-Präsident zu Ehren des Bundeskanzlers am Dienstagabend gegeben hat, erinnerte Richard M. Nixon daran, daß Willy Brandt vor 14 Monaten als "neuer Mann" nach Washington gekommen sei. Inzwischen sei er zum berühmten Mann geworden. Mit dem Dank für diese lobenden Worte verband der Bundeskanzler am Ende eines arbeitsreichen Tages seine Zuversicht in die Zukunft. Auch Willy Brandt erinnerte daran, was alles in dem einen Jahr seit seiner letzten Begegnung mit dem Präsidenten geschehen sei. Er erinnerte an die Reisen des Präsidenten, an seine eigenen Flüge nach Moskau und Warschau. Er fand die Zustimmung seiner Zuhörer, als er als Ergebnis der Gespräche mit Präsident Nixon und Außenminister Rogers feststellte, daß die deutsche Ostpolitik sich vollständig in den Rahmen der westlichen Politik einfüge, und daß - trotz aller Unkenrufe - durch diese Politik das westliche Bündnis nicht schwächer geworden sei. Entgegen vieler Erwartungen haben weder die Offset-Verhandlungen noch die Veränderung des Wechselkurses im Mittelpunkt der Verhandlungen gestanden. Beide Seiten waren sich darin einig, die Zahlungsbilanzprobleme nicht zu einem Faktor größerer Bedeutung zwischen beiden Ländern werden zu lassen.

Im Verlauf der Gespräche wurden auch die Probleme des Nahen Ostens, der Lage in Vietnam und der Beziehung zu China besprochen. Zu Mao-China traf Brandt die schon oft wiederholte Feststellung, daß die Bundesrepublik mit allen Ländern normale Beziehungen herbeiführen wünsche, im übrigen aber daran erinnern müsse, daß es den Interessen der Bundesrepublik entspreche, zuerst einmal die Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion soweit wie möglich voranzutreiben. In den Fragen des Nahen Ostens und Vietnams war Brandt eher Zuhörer.

Berlin war für den Bundeskanzler das wichtigste Problem in seinen Gesprächen mit Präsident Nixon und Außenminister Rogers. Beide Seiten waren sich darin einig, daß man sich nunmehr in der entscheidenden Phase der Verhandlungen befinde. Mit Zähigkeit und ohne Unterbrechung müsse alles getan werden, damit die Verhandlungen der Vier Mächte zu einem positiven Ergebnis geführt werden könnten. Es sei selbstverständlich, daß keine zeitlichen Prognosen gemacht werden dürften. Beide Seiten waren sich auch bewußt, daß die sich anschließenden Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten Zeit in Anspruch nehmen würden. Beide Seiten meinten, allen Grund zu haben, zuversichtlich sein zu können, ohne dies allerdings öffentlich zu deutlich zum Ausdruck zu bringen.

In den Gesprächen wurde die ernsthafte Absicht der USA klar, der gleichmäßigen Truppenreduzierung eine hohe Priorität einzuräumen. Aus den Erfahrungen der SALT-Verhandlungen lernend und

auf Grund der Kompliziertheit des Problems der gleichmäßigen Truppenreduzierung waren sich beide Seiten bewußt, daß man mit längerfristigen Verhandlungen zu rechnen habe. Aber man war sich ebenfalls einig darüber, daß gerade die Erfahrungen der SALT-Verhandlungen dafür sprechen, einem schrittweisen Vorgehen mehr Chancen einzuräumen als dem Versuch, alles auf einmal erreichen zu wollen. Mit anderen Worten: Die Politik des Alles oder Nichts findet kaum noch Anhänger in Washington. Die Methode der kleinen Schritte wird als realistisch und vernünftig befunden.

Nimmt man die Ergebnisse der Gespräche, die Bundeskanzler Brandt mit Präsident Nixon über Berlin und über das Problem der gleichmäßigen Truppenreduzierung führte und erinnert gleichzeitig an die SALT-Verhandlungen, so ergibt sich: Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat mit dem umfassenden Versuch begonnen, gleichzeitig auf vielerlei Gebieten zu einem Abbau der Konfrontation mit der Sowjetunion zu kommen. Es ergibt sich aber auch, daß die deutsche Ostpolitik sich nahtlos in diese Politik einpaßt. Ein Beobachter meinte am Ende aller Besprechungen: "Die Art und Richtung des Denkens der Deutschen und Amerikaner befindet sich auf einer Wellenlänge".

Was die Entwicklung in Westeuropa angeht, so ging man in den Washingtoner Gesprächen davon aus, daß der EWG in absehbarer Zeit zehn Länder angehören würden. Man war sich darüber einig, daß die Zehnergemeinschaft sich darum bemühen müsse, eine liberale Handelspolitik zu betreiben und offener zu sein als die Sechsergemeinschaft. Auch hier wurde die Lage sehr realistisch eingeschätzt. Man war sich klar darüber, daß die neue Gemeinschaft nicht mehr unter dem Signum der Integrationsideen der fünfziger Jahre stehen könne, es müsse sich eine schrittweise politische Zusammenarbeit der der Gemeinschaft angehörenden Länder ergeben, wodurch das Gewicht Europas zunehmen würde. Die US-Regierung würde diese Entwicklung begrüßen, weil sie davon überzeugt ist, daß sie der Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA zugute käme.

Zusammenfassend konnte am Abend der langen Verhandlungen festgestellt werden, daß der Präsident der USA und der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland ein Verhältnis intensiver Zusammenarbeit gefunden haben. Demonstrativ kam das zum Ausdruck, als Nixon seinen Gast beim Abschied die Hand um die Schulter legte, so wie es bei alten Freunden gang und gäbe ist. Beobachter dieser Szene mußten unwillkürlich an die mehrfachen drängenden und fast drohenden Äußerungen des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Barzel vom Januar dieses Jahres denken, wonach die Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik so gefährdet seien, daß der Bundeskanzler sofort nach Washington fahren müsse. Auf keinen Fall dürfe er bis Mitte des Jahres warten. Nun, wie schon sehr oft, hat sich Dr. Barzel auch diesmal getäuscht.

Amerikanische und deutsche Beobachter waren sich einig darüber, daß die Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland selten so intensiv und gut waren wie jetzt.

(-/ex/16-6.1971/ks)

Bildung in der Bundeswehr großgeschrieben

Zukunftsweisende Konzeptplanung als erster Schritt

Von Werner Buchstaller SPD-MdB

Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Sicherheitsfragen und
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Das Plankonzept zur Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr läßt bereits im Ansatz deutlich erkennen, daß seine Verwirklichung die Effizienz und Attraktivität des Dienstes in den Streitkräften fördern wird. Hierbei stehen vielfältige, flexible und mit den Zivilberufen austauschbare Berufsbilder im Mittelpunkt. Diese zukunftsweisenden Planungen werden gleichermaßen zum Nutzen von Gesellschaft, Bundeswehr, Wirtschaft und jedes einzelnen Soldaten sein.

Ein internationaler Vergleich des Gutachtens verdeutlicht, daß die Bundeswehr mit diesen Projekten auf dem Bildungssektor keineswegs vorprellt, sondern vielmehr Versäumtes nachholt, um sich der industriellen Entwicklung und der Entwicklung der Staaten in Ost und West anzupassen. So hat bisher die wissenschaftliche Ausbildung bei den Offizieren der Bundeswehr zum Beispiel im Vergleich mit den USA und der Sowjetunion einen viel zu geringen Stellenwert und erfordert einen viel zu kleinen Zeitaufwand. Das wird sich nun ändern!

Deshalb sind besonders die in dem Gutachten vorgelegten Konzeptionen zur fundierten wissenschaftlichen Ausbildung von langdienenden Offizieren und die mobilen Verwendungsreihen für längerdienende Unteroffiziere und Mannschaften beachtenswert. Eine Verwirklichung dieser absolut notwendigen Reformen auf dem Gebiet der Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr wird noch Zeit und viel Mühe kosten. Der erste wesentliche Schritt ist jedoch durch das Gutachten erfolgt.

:/ex/16.6.1971/bgy

* * *

Keine Gefahr am Rhein

Radio Moskau und Zoglmanns "Deutsche Union"

Radio Moskau hat in einer kurzen Berichterstattung über die Gründung der "Deutschen Union (DU)" des CDU/CSU-Hospitanten Siegfried Zoglmann MdB die Ansicht vertreten, daß "die Aktivierung der rechten Kräfte an den Ufern des Rheins fürwahr einen gefährlichen Charakter annimmt". Die Begründung für diese alarmieren sollende Behauptung sieht Radio Moskau in der Programmatik der DU, in der es gewiß von national-konservativen Formulierungen wimmelt. Trotzdem hat es keinen Beobachter der Düsseldorfer Gründung und keinen Kommentator in der seriösen westdeutschen Presse gegeben, der auch nur im geringsten daran gedacht hätte, diese "Deutsche Union" und ihren Führungskreis so zu bewerten, wie das Radio Moskau tut.

Die Zoglmann-Gruppe hat, Programmatik hin und her, keinen anderen Zweck, als der FDP möglicherweise noch einige Rechtsgrüppchen abzuzwacken und damit für 1973 Wahlhilfe für die CDU/CSU zu leisten. Ist das getan, mit oder ohne Erfolg, dann wird die "Deutsche Union" denselben Weg in die Selbstauflösung gehen, den alle diese rechtskonservativen Parteigründungen seit Jahrzehnten gegangen sind. Das weiß man auch in Moskau, wo man sich mit dem rechten Lager in der Bundesrepublik intensiver zu befassen pflegt als das in der Bundesrepublik selbst geschieht. Die Gründe für diesen Eifer liegen auf der Hand. Sie können nicht mehr überraschen, wenngleich man sich allmählich fragt, ob diese über den ganzen Ostblock wiederverbrütete Lust, in Westdeutschland unbedingt nach "revanchistischen" Aktionsanzeichen zu suchen, nicht zu einem agitatorischen Selbstzweck wird, der dem Normalisierungsklima nicht gut tun kann. Wo in der Bundesrepublik tatsächlich ernstzunehmende oder gar gefährliche Extremisten jedweden Kalibers tätig werden sollten, dort wissen dieser intakte demokratische Staat und seine bei weitem überwiegend demokratische Bevölkerung sich schon selbst und rechtzeitig zu wehren und auch für Ordnung zu sorgen.

Die "Deutsche Union" jedenfalls ist nicht gefährlich und wird es nicht werden, weder "an den Ufern des Rheins" noch sonstwo.

See/ex/16.6.1971. bgy.

+ + +

"Fußball, wohin gehst Du?"

Lehren für die Zukunft

Von Dr. Adolf Müller-Emmert SPD-MdB
Mitglied des Bundestagssonderausschusses für Sport
und Olympische Spiele

Die bundesrepublikanischen Fußballfreunde sind empört. Die Gefahr, daß das Ansehen des Fußballsports auf's Ärgste gemindert und der Sport insgesamt von der "Feuerbrunst" der Unregelmäßigkeiten in der höchsten bundesrepublikanischen Fußballklasse ange sengt wird, ist erschreckend deutlich geworden.

Unerfreuliche Zwischenfälle und Vorkommnisse gibt es ohne Zweifel in vielen Gruppierungen unserer Gesellschaft - und nicht nur beim Sport. Doch diese Feststellung kann allenfalls als allgemeiner menschlicher Milderungsgrund, nicht aber als Rechtfertigung der Geschehnisse um die "de facto"-Fußballberufsspieler-Branche der Bundesrepublik gelten. Abgesehen von den Konsequenzen, die die Sportjustiz zu ziehen haben wird, erscheinen Überlegungen am Platze, die auf eine Trennung des tatsächlich als Beruf ausgeübten Fußballspielens von den Fußballsportlern hinzielen, denen das für Amateure geschneiderte Trikot noch paßt. Kein mittlerer Bundesliga-Verdiener braucht mit seinem Salär hinter dem Betrag schamhaft zurückzustehen, der beispielsweise als Gehalt für den Bundeskanzler als angemessen erachtet wird. Das Rad der Entwicklung ist freilich nicht mehr in Richtung Vergangenheit zurückzudrehen. Wenn man als Folge der sportlichen und wirtschaftlichen Entwicklung im Reiche des "König Fußball" die Trennung zwischen Amateur und Professional vollziehen würde, wären sportliche Konsequenzen unumgänglich.

Im wesentlichen gehen unsere im Sport - und besonders im Fußballsport - geltenden Verbandsordnungen von der Voraussetzung aus, daß Sport eine Amateursache sei. Wo es um klingende Münze und - gewissermaßen - um unsere Leistungsgesellschaftliche Wirk-

lichkeit geht, reichen Ehrenordnungen und die Beschwörung von Sportkameradschaft und -solidarität allein oftmals nicht mehr aus. Wenn die ehrenamtlichen Richter - weil der Holzwerk zur unrichtigen Zeit sein Zerstörungswerk vollendet - zu "Sportgerichte" sitzen und durch ihre Entscheidung unter Umständen über eine Bundesligameisterschaft befinden, die mit der lukrativen Europa-Cup-Teilnahme verbunden ist, dann müssen unweigerlich Überlegungen darüber aufkommen, ob die derzeitigen Regelungen der Weisheit letzter Schluß sind.

Ähnliche Gedanken drängen sich auf, wenn man die sportliche Rechtsfindung Revue passieren läßt, die die Sperre eines der bundesdeutschen Fußball-Lieblingskinder, Gerd Müller, betrifft. Hier geht es nicht nur um Fußballregeln, auch finanzielle Aspekte spielen eine entscheidende Rolle. Es steht nämlich auf Grund der gemachten Erfahrungen fest, daß die Sportjustiz durch ihre Beschlüsse über Einnahmen und Verluste von Vereinen und Spielern zwangsläufig eine Mitentscheidung trifft. Wo Millionenbeträge auf dem Spiele stehen, wo harter wirtschaftlicher Kampf und modernes ausgeklügeltes Management herrschen, da ist die Gefahr nicht zu leugnen, daß der Arm der ehrenamtlichen Männer der Sportjustiz, die ob ihrer heiklen Aufgaben nicht zu beneiden sind, zu kurz sein kann.

Alle Verantwortlichen des Sportes, insbesondere des Deutschen Fußballbundes, werden aus den letzten Ereignissen Lehren ziehen, nachdenken und diskutieren müssen. Da Ei des Kolumbus werden wir nicht finden. Aber eine den heutigen Gegebenheiten gemäße Organisationsform und ein Sportrecht, das konsequent zwischen Amateur und Profi unterscheidet, müssen in nächster Zeit unter grundsätzlicher Wahrung der sportlichen Selbstverwaltung entwickelt werden.

(-/ex/16.6.1971/ks)